
Presseinformation Nr. 860

25. Oktober 2012

VOLK / SCHWEICKERT: Schwarz-Gelb entlastet Landwirte bei Mehrgefahrenversicherungen

BERLIN. Der ermäßigte Versicherungssteuersatz von Hagelversicherungen wird künftig auf Mehrgefahrenversicherungen ausgeweitet. Dies beschloss die schwarz-gelbe Koalition heute im Deutschen Bundestag:

Der FDP-Steuerexperte Daniel VOLK begrüßt den Beschluss: „Es ist uns gelungen, den Bundesfinanzminister in dieser Frage zu überzeugen. Die Ausweitung der ermäßigten Versicherungssteuer von Hagel- auf Mehrgefahrenversicherungen war im Sinne des Klimawandels notwendig. Der jetzt gefunden Kompromiss ermöglicht, bei einer geringfügigen Erhöhung auf 0,03 % bezogen auf die Versicherungssumme, eine Ausweitung der Versicherungsleitungen auf sämtliche Elementarschäden. Künftig wird der Abschluss von Mehrgefahrenversicherungen deutlich attraktiver. Die neuen steuerlichen Regelungen helfen den Landwirten und Winzern und entlasten den Steuerzahler. Bislang musste bei großen Naturkatastrophen immer auch der Staat für die Behebung und Kompensation der Schäden einspringen. Bei einer Verwirklichung des Risikos haben dann die Versicherungsunternehmen für den Schadensfall aufzukommen.“

Der Berichterstatter für Weinbaupolitik der Fraktion Erik SCHWEICKERT hält den Beschluss nicht zuletzt angesichts der zunehmenden Wetterextreme für richtig: „Ein rein auf die Hagelversicherung abzielendes Risikomanagement ist in der Landwirtschaft und bei Sonderkulturen wie dem Weinbau nicht mehr zeitgemäß. Mehrgefahrenversicherungen sind in der Landwirtschaft üblich und notwendig, um sich gegen Risiken wie Starkregen, Sturm, Frost oder anhaltende Trockenheit abzusichern. Die nun beschlossene Änderung ist im Sinne der wirtschaftlichen Eigenverantwortung der Landwirte und des fairen Wettbewerbs mit Blick auf unsere Nachbarstaaten dringend notwendig. Wir schaffen die Grundlage für eine flächendeckende Absicherung gegen Mehrgefahren und sichern somit landwirtschaftliche Existenzen.“

Verantwortlich:
Beatrix Brodkorb

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de